

logische Fakultät im französischen Sprachgebiet Sorge. Aber die Entsendung der angehenden Theologen an die Universitäten in Westeuropa sei keine ideale Lösung, weil sie dort ihrer heimischen Aufgabe entfremdet würden.

Christliche Aktion im Rassenkonflikt

Es wäre ein Fehlschluß, wollte man annehmen, das Referat „Kirche und Gesellschaft“ sei nur mit theoretischen Fragen beschäftigt. Angesichts der Rassenkämpfe in Südafrika und in den USA hatte der Zentralausschuß des Weltrates der Kirchen in Rochester auf Anregung des Referates „Kirche und Gesellschaft“ eine scharfe EntschlieÙung über „rassische und völkische Spannungen“ beschlossen. Was Afrika betrifft, stützte sie sich auf eine Konferenz afrikanischer Kirchenführer von Cottesloe im Jahre 1960. Die Resolution von Rochester ist inzwischen in zweifacher Hinsicht überholt: in den USA ist wenigstens auf dem Papier und durch Bundesgesetz die Rassengleichheit entschieden, in Südafrika aber spitzen sich die Dinge immer mehr zu. Darum hat unter Leitung des Referates für „Kirche und Gesellschaft“ vom 25. Mai bis 2. Juni 1964 im Ökumenischen Zentrum von Mindolo in Kitwe, Nordrhodesien, eine neue beratende Konferenz von 60 Geistlichen und Laien afrikanischer Kirchen stattgefunden, die sich vor allem mit der Frage befaßt hat, welche Möglichkeiten christlichen Handelns bestehen.

Das Dokument geht (nach öpd Nr. 23, 18. 6. 64) von der Feststellung aus, daß es der Kirche bisher nicht gelungen sei, ihre versöhnende Aufgabe zu erfüllen, „weil sie das Leben nicht als ganzes betrachtet und eine offensichtliche Begrenzung der Tätigkeit anerkannt hat“. Sie sei „schuldig geworden durch die Sünde des Schweigens, durch den Mangel an Identifizierung mit den Leidenden und Unterdrückten, durch den fehlenden Willen, einen eigenen Standpunkt zu beziehen, und durch den Mangel an echter Bruderschaft in Christus“. Es sei aber unbedingt notwendig, jetzt die Fundamente für eine gerechte Gesellschaft zu legen. Nach einer Analyse der gegenwärtigen Lage in Südafrika, wo durchweg mit zweierlei Maß gemessen werde und den Nicht-Weißen die verfassungsmäßigen Wege verschlossen seien, prüfte die Konferenz vier Formen des Handelns: geistigen Widerstand, konstruktive politische Opposition, außerparlamentarische Aktivität und, wenn nötig, sogar Gewalt. Das geschah, weil es bisher keinen Plan für ein gemeinsames christliches Handeln gebe und Laien wie Geistliche gleicher-

maßen die Dynamik der entstehenden Gesellschaft nicht sehen wollten. Leider zögere man bei den Kirchen, mit Laienorganisationen zusammenzuarbeiten, und zerstöre sogar die Verbindungen.

Aufruf zu positivem Handeln

Die Konferenz ruft die Kirchen auf, endlich tätig zu werden, um das diskriminierende gegenwärtige System der Rassentrennung zu beseitigen. Die Kirche habe die Pflicht, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den doppelten Maßstab der Bewertung in der Wirtschaft, im Berufsleben und der Erziehung, der so viel Armut und menschliche Not zur Folge hat, zu beseitigen. Die Kirchen müßten unbedingt ihre Erziehungsarbeit, besonders die Lehrlingsausbildung und die technische Fortbildung, erweitern und mehr für die Verbreitung eines dazu gehörenden Schrifttums tun. Sie müssen dafür sorgen, daß Land nach einem gleichen und gerechten Maßstab als Eigentum verteilt wird. Auch sollten Nicht-Weiße Gelegenheit erhalten, am Industriebesitz teilzunehmen. Weitere Vorschläge wurden zur Teilnahme der Nicht-Weißen am politischen Handeln in den gesetzgebenden Körperschaften gemacht, zur Erweiterung des Wahlrechtes usw. Aber in dieser Sache herrschte keine Einigkeit. Ferner wurde gesetzlicher Schutz der Minderheiten (gemeint sind die Weißen) durch eine unabhängige Gerichtsbarkeit vorgeschlagen. Das seien, wie ausdrücklich festgestellt wurde, Empfehlungen des christlichen Gewissens und des Wortes Gottes. Ein besonderer Appell wurde an die Kirchen von Großbritannien gerichtet, dafür zu sorgen, daß die britische Regierung ihrer Verantwortung nicht ausweiche, eine Lösung für das Verfassungsproblem anzustreben. Das gilt für Südrhodesien.

Unter den Vorschlägen findet man auch solche für eine bessere Ausbildung der Geistlichen und für ein Wachstum der einheimischen Kirche, die nicht mehr vom Ausland geleitet wird. Eine neue Gesamtafrikanische Kirchenkonferenz solle diese Fragen wie auch die einer einheimischen Liturgie untersuchen. Ferner hält man Studentenlager ohne Rassentrennung für nötig, und afrikanische Studenten sollten als Studienberater fungieren. In der Gesetzgebung der afrikanischen Staaten sollte für die Entwicklung eines christlichen Familienlebens gesorgt und etwas für die Stellung der afrikanischen Frau getan werden. Und schließlich: es gebe kein biblisches Verbot einer Ehe zwischen verschiedenen Rassen.

Aus der totalitären Welt

Die Frau unter der kommunistischen Diktatur in Mitteldeutschland

Für die Kommunisten in Mitteldeutschland ist die Einbeziehung aller Frauen in den Prozeß des „umfassenden Aufbaus des Sozialismus“ eine politisch, wirtschaftlich und ideologisch außerordentlich bedeutsame Frage. Daher widmen die SED-Führer der Frauenfrage große Aufmerksamkeit. In ihrer Politik in der Frauenfrage lassen sie sich von der marxistisch-leninistischen Doktrin leiten. Selbstverständlich müssen sie jedoch dabei die Besonderheiten der Situation unter den mitteldeutschen Frauen und die der politischen und wirtschaftlichen Lage berücksichtigen.

Nach Friedrich Engels ist die erste Vorbedingung für die

reale Befreiung der Frau die „Wiedereinführung des ganzen weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie“ (Friedrich Engels, „Der Ursprung der Familie, das Privateigentum und des Staats“, Dietz-Verlag, Berlin 1951, S. 74). Die zweite Vorbedingung der realen Gleichberechtigung ist nach Lenin die Überwindung der „Haussklaverei“. Lenin schrieb 1920 zum Internationalen Frauentag:

„Die Frau in die gesellschaftlich produktive Arbeit einzureihen, sie der Haussklaverei zu entreißen, sie von der abstumpfenden und erniedrigenden Unterordnung unter die ewige und ausschließliche Umgebung von Küche und Kinderstube zu befreien — das ist die Hauptaufgabe“ (W. I. Lenin, Werke, Band 30, S. 401).

In seinem weitverbreiteten Artikel „Die große Initiative“ schrieb Lenin:

„Die wahre Befreiung der Frau, der wahre Kommunismus wird erst dort und dann beginnen, wo und wann der Massenkampf (...) gegen diese Kleinarbeit der Hauswirtschaft oder, richtiger, ihre massenhafte Umgestaltung zur sozialistischen Großwirtschaft beginnt“ (W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Band II, S. 578 — Ausgabe: Dietz-Verlag, Berlin 1953).

Die kommunistische Frauenpolitik wird in der Praxis jedoch weniger von Befreiungsidealen, sondern mehr von reinen Nützlichkeitsabwägungen bestimmt. Die Einordnung der überwiegenden Mehrheit aller Frauen in den Produktionsprozeß erfolgt zwar unter der schönen Losung, daß nur die eigene Berufstätigkeit die Basis für wirtschaftliche Unabhängigkeit und damit auch für echte Gleichberechtigung ist, doch für die kommunistischen Machthaber zählt die Frau vor allem als wertvolle Arbeitskraft. Ohne eine große Zahl weiblicher Arbeitskräfte erscheinen den kommunistischen Machthabern ihre hochgeschraubten Wirtschaftspläne als unrealisierbar. Darüber hinaus ist die weitgehende Herauslösung der Frau aus der Familiengemeinschaft für die Umformung der Familie zum sozialistischen Kleinkollektiv von erstrangiger Bedeutung. Durch die Einbeziehung der meisten Frauen in das Berufsleben kann der Einfluß der SED auf die Jugendziehung erheblich ausgedehnt und eine etwaige antisozialistische Beeinflussung, z. B. religiöse Erziehung, reduziert werden. Die Familien sollen weitgehend ihre individuell geprägte Physiognomie verlieren. Um diese Ziele zu erreichen, läßt sich die SED-Führung von folgender Konzeption leiten:

1. Sie hält den Verdienst der meisten Männer relativ niedrig, wodurch viele Ehefrauen genötigt werden, durch Berufstätigkeit zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen.

2. Die kommunistischen Organisationen entwickeln eine vielfältige Propaganda, um die Berufstätigkeit der Frau als das wichtigste Attribut ihrer Gleichberechtigung hinzustellen. Die nichtberufstätige „Nur“-Hausfrau wird als „Hausmütterchen“ und deren Ehemann als „Hauspascha“ verspottet. SED-Mitglieder müssen mitunter in ihrer Parteiorganisation Auskunft über die Tätigkeit ihrer Frau außerhalb der Familie geben. Die Berufstätigkeit der Frau wird oft als Gradmesser für das „sozialistische Bewußtsein“ des Ehemannes angesehen. Die kommunistische Presse und Literatur trägt zur Abwertung der „Nur“-Hausfrau erheblich bei. Die Hausfrauenarbeit wird als „rückständig, entnervend, stumpfsinnig und zum Teil als eigentlich überflüssig“ hingestellt. Hausfrauenarbeit wird nur noch in Ausnahmefällen als gesellschaftlich wichtige Tätigkeit anerkannt. Die „Nur“-Hausfrauen werden in zunehmendem Maße zu gesellschaftlicher Aktivität im Wohngebiet gedrängt, damit sie nicht „hinter der sozialistischen Entwicklung zurückbleiben“ (Hausfrauenbrigaden, Einsätze im Nationalen Aufbauwerk [NAW], Patenschaften zur Betreuung von Kindern berufstätiger Mütter, Oma-Bewegung).

3. Durch staatliche Förderung soll die Frauenarbeit attraktiv gemacht werden. Berufliche Frauenförderungsprogramme werden propagiert und erörtert. Durch billige Plätze in Kindergärten und -krippen sowie durch Ganztagschulen wird versucht, den Eltern eine gesellschaftliche Kindererziehung schmackhaft zu machen. Die weitverbreitete Betriebs- und Schulspeisung soll ein Kochen an den Wochentagen im Einzelhaushalt überflüssig machen.

4. Alleinstehende Frauen müssen ihren Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen, da es keine bzw. nur eine völlig

unzureichende Versorgung von Kriegerwitwen, Witwen und Hinterbliebenen gibt.

Im Nachfolgenden soll der Versuch unternommen werden, an Hand von mitteldeutschen Veröffentlichungen ein kleines Bild von der Situation der Frau unter kommunistischer Diktatur zu zeichnen. Zunächst ist zu bemerken, daß die Frauen als ein Teil des Volkes unter allen Auswirkungen des kommunistischen Zwangsregimes leiden. Dennoch gibt es bestimmte Probleme, die speziell die Frauen betreffen. Die Gesamtauswirkungen kommunistischer Diktatur bleiben — sofern sie nicht die Frauen besonders angehen — in diesem Artikel unberücksichtigt.

Die Diskussion in der Presse

Da das Frauenproblem für die aktuelle Politik der SED vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaft und der sozialistischen Erziehung von großer Bedeutung ist, gab es in den letzten Jahren eine relativ breite Erörterung dieser Frage sowohl in offiziellen Parteiverlautbarungen als auch in monatelang anhaltenden Leserdiskussionen im „Neuen Deutschland“, in der Ost-„Berliner Zeitung“, in der Frauenzeitschrift „Für Dich“ u. a. Natürlich kann man aus einer organisierten Diskussion in kommunistischen Presseorganen keine vollständige Klarheit über die Situation der Frau unter der kommunistischen Diktatur gewinnen, weil wirklich Unangenehmes erst gar nicht abgedruckt wird und nur der SED nützliche Probleme erörtert werden. Rein „negative“ Diskussionen werden nicht geduldet. Jedoch ist immerhin beachtenswert, daß in letzter Zeit eine etwas größere Freizügigkeit in der mitteldeutschen Presse herrscht. Man duldet zeitweilig den Abdruck begrenzt gegenteiliger Meinungen. Aus der Art, wie in der Öffentlichkeit um das Frauenproblem gerungen wird, kann man auch Aufschluß darüber erhalten, welche Ziele die SED-Führung verfolgt und welche Widerstände und Schwierigkeiten bei der Verfolgung ihrer Ziele auftreten.

Die relativ breite öffentliche Erörterung von Frauen-, Ehe- und Familienproblemen erklärt sich aus der Einstellung der SED, wonach Ehe- und Familienfragen keine privaten Angelegenheiten im alten Sinne mehr sind. In zunehmendem Maße soll in diesem persönlichen Terrain kollektivistisches Denken erzeugt werden. Die Ehen als Kleinkollektive sollen sich in die sozialistische Gemeinschaft einfügen. Immer häufiger kommt es vor, daß sich bei Ehekonflikten Partei- und Betriebskollektive einmischen und einen oder beide Partner unter gesellschaftlichen Druck setzen. Ehezwistigkeiten werden dann in der Öffentlichkeit erörtert. Vor allem Frauen ist diese Form der Bereinigung oft peinlich. Die Frauenredakteurin der Ost-„Berliner Zeitung“ (BZ), Susanne Statkowa, nahm in einer kurzen Diskussion unter dem Motto „Ist die Ehe Privatsache?“ u. a. wie folgt abschließend Stellung:

„Als gesellschaftliche Erscheinung steht die Ehe natürlich im Lichte der gesellschaftlichen Kritik ...

Das Kollektiv einer Brigade hat zum Beispiel das Recht, einen Kollegen zur Verantwortung zu ziehen, wenn er seine Pflichten als Ehegatte und Vater vernachlässigt. Wenn eine Frau und ihre Kinder durch das Fehl des Mannes oder umgekehrt ein Mann durch das Verhalten der Ehefrau unglücklich werden, ist das Privatsache? Das hat seine Auswirkungen über die vier Wände hinaus, macht sich bei der Entwicklung der Kinder, der künftigen Staatsbürger, negativ bemerkbar, wirkt sich auf die Arbeitsleistung aus und ist damit brennendstes gesellschaftliches Problem“ („Berliner Zeitung“, 29. 3. 63, S. 3).

Außerordentlich beachtenswert für die SED-Konzeption ist ein Artikel von Eva und Heinz Schmidt in der „Ein-

heit“, der „Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus“ (theoretisches Organ des Zentralkomitees der SED), unter der Überschrift „Über Frauenarbeit und Familie“. In diesem Artikel wird zum Ausdruck gebracht, daß in der Diskussion über das Politbüro-Kommuniqué „Die Frau — der Frieden und der Sozialismus“, welches am 23. Dezember 1961 im parteiamtlichen „Neuen Deutschland“ veröffentlicht wurde, auch Tendenzen zum Ausdruck kamen, die „der reaktionären Illusion des spießbürgerlichen ‚trautes Heim, Glück allein‘ Konzessionen“ machten. In der Polemik gegen den durch zahlreiche populärwissenschaftliche Schriften hervorgetretenen Sozialhygieniker, den SED-Professor Dr. med. Neubert, wird der Standpunkt der SED-Führung begründet und verteidigt.

Neubert hatte in der Fachzeitschrift „Die Wirtschaft“ (Nr. 30/1962) den Artikel „Frau, Mutter und außerhäusliche Arbeit“ veröffentlicht. In diesem Beitrag vertritt Neubert in einigen Punkten bemerkenswerte Ideen, die eine Abweichung von den Parteiwünschen darstellen. Gestützt auf seine medizinischen Erfahrungen, forderte Neubert die Abschaffung der Kinderkrippen bis auf ein paar unvermeidliche Reste. Neubert war der Ansicht, daß auch für die Mutter der sozialistischen Gesellschaft die Alternative stehe, entweder gute Mutter oder gute Werk tätige zu sein. Neubert setzte sich für einen Kompromiß zwischen den Interessen des Kindes und denen seiner Mutter ein, und zwar sollte jede Mutter ihre Berufsarbeit mindestens für die ersten drei Jahre nach der Geburt unterbrechen.

In der „Einheit“ wurden diese ketzerischen Ansichten wie folgt verurteilt:

„Schlimmer ist, daß sie — sicher ungewollt — Tür und Tor für die zahlreichen pseudowissenschaftlichen Theorien öffnen. Angefangen von der ‚biologischen Tragödie der Frau‘ über das mystifizierte ‚Mutter-Kind-Verhältnis‘ der Psychoanalyse und die mangelnde ‚Nestwärme‘ in der Familie von heute bis zu der ganzen Serie von Predigten gegen den ‚Familienzerfall im modernen Industriestaat‘...“

Die Einrichtung von Kindergärten und Kinderkrippen — von denen nur die ersten Gnade vor den Augen des Genossen Neubert finden — ist aber kein Kompromiß zwischen den Interessen des Kindes und denen seiner Mutter (und seines Vaters), sondern eine im Interesse der optimalen Entwicklung der Kinder immer notwendiger werdende Ergänzung der Familienerziehung durch gesellschaftliche Erziehungseinrichtungen. In den Vorschuleeinrichtungen muß und wird sich immer mehr der planmäßige Erwerb der Erfahrungen, Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten abspielen, die das Kind für die Vorbereitung auf die Schule braucht“ („Einheit“, Heft 12/1962, S. 97 und 98).

Eva und Heinz Schmidt behaupten in ihrem Artikel, daß gerade in den ersten drei Lebensjahren der Lernprozeß des Kindes einen hohen Grad von Intensität aufzuweisen habe und gerade deshalb gesellschaftliche Erziehung sich nur gut auswirken könne. Sarkastisch bemerken sie:

„Es ist eine reaktionäre Utopie, zu glauben, daß der Sozialismus eine Renaissance kleinbürgerlicher Familienidylle bringen werde. Nicht zurück zur kleinbürgerlichen, sondern vorwärts zur sozialistischen Familie geht die Entwicklung. Diese Entwicklung aktiv zu fördern, das ist die Aufgabe des Tages. Die sozialistische Familie wird durch die gesellschaftliche Kindereinrichtung nicht ersetzt, sie wird für ihre eigentliche Aufgabe freigesetzt...“

Eine gute Familie, in der ein richtiges Verhältnis zwischen den Interessen der einzelnen Familienmitglieder und den Gesamtinteressen der Familie täglich geübt wird, ist die Grundlage für das Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit, für das ruhige Selbstvertrauen, mit dem sich das Vorschul- und Schulkind — und später der Jugendliche, der Erwachsene — in immer neue, größere Gemeinschaften eingliedert. Und er wird in diesen

großen Kollektiven um so fester stehen, je selbstverständlicher er sozialistische Familienbeziehungen sozusagen mit der Muttermilch eingesogen hat.

Damit aber sind wir wieder bei unserem Hauptthema, der Frauenarbeit, denn eine Frau, deren Tätigkeit sich auf den engen Kreis der Familie beschränkt, wird auch als Mutter stets in Gefahr sein, schon durch ihr Beispiel bei den Kindern ähnliche Idealbilder zu wecken, von den Gefahren der ‚Affenliebe‘ und der zu starken Konzentration auf die Interessen der Kinder, weil man von eignen nicht ausgefüllt wird, ganz zu schweigen. Jeder kennt die engstirnigen ‚Klein-aber-mein-Spießbürger‘ aller Schattierungen, die das Ergebnis sind und zugleich eine Bremse jeder sozialistischen Entwicklung. Eine gute Mutter aber ist heute eine arbeitende Mutter, die gleichberechtigt und gleich qualifiziert neben dem Vater steht. Auch hier ist wieder das Entscheidende die Kraft des Beispiels. Hier ist die Familie von vornherein offen für die größeren Interessen größerer Kollektive, in denen Vater und Mutter stehen, und die Kinder wachsen mit der gleichen Selbstverständlichkeit in das Verständnis überfamiliärer Zusammenhänge hinein, mit der sie in das Verständnis für Radio, Fernseher, Auto und andere technische Geräte hineinwachsen“ („Einheit“, Heft 12/62, S. 98/99).

Wie soll sich nun das alltägliche Leben der Frau und der sozialistischen Familie abspielen? Im genannten Artikel werden folgende Ideen entwickelt:

„Einige unserer Dienstleistungsbetriebe sind noch zu teuer, viele Großwäschereien zurückgeblieben, und auf dem Gebiete der Industrialisierung des Haushalts marschieren wir vor allem auf dem scheinbar bequemeren Seitenweg der Massenproduktion volkswirtschaftlich unrentabler und auch im einzelnen nicht gerade billiger Haushaltsmaschinen für den Einzelhaushalt weiter...“

Seit langem gibt es als modernste Form des Wohnens das hotelähnliche Appartementhaus, wie Dolphin Square in London. Das sind fast tausend Wohnungen in einigen großen, miteinander verbundenen Blocks um einen zentralen Platz, der dadurch zum Innenhof, Spielplatz der Kinder, Sportplatz usw. wird. Die Wohnungen haben keine Küchen, sondern kleine Kochnischen. Reinigung und Wartung der Wohnungen, Waschen und Reparieren der Wäsche, Einkaufen usw., all das wird von einem verhältnismäßig kleinen Apparat, der nur wenige Leute beschäftigt, erledigt. Es gibt ein Speiserestaurant, das auch in die Wohnung liefert, durch seinen großen Stamm fester Kundschaft verhältnismäßig billig sein kann und das gleichzeitig Räume für Familienfestlichkeiten hat. Es gibt Kinderkrippe, Kindergarten und Schulhort im Hause, ebenso Friseur, Arzt usw. Natürlich ist das alles auf den Lebensstil wohlhabender Bürger, vor allem Intellektueller, eingerichtet, den wir nicht einfach übernehmen wollen.

Die Weiterentwicklung und Umarbeitung der Idee des hotelähnlichen Appartementhauses und seine Verwendbarkeit unter sozialistischen und kommunistischen Lebensverhältnissen wird zur Zeit in der Sowjetunion beim Bau neuer Wohnviertel experimentell erprobt. Dort entstehen die ersten sozialistischen Wohnkomplexe dieser Art in einem Experimental-Wohnbezirk. Aber wo ist in unserer Republik der Architekt, der eine solche Mustereinrichtung nach unserem Stil schafft und nachweist, daß sie nicht nur bequemer ist, sondern dem sozialistischen Gemeinschaftsleben erst den richtigen Rahmen schafft und obendrein — man denke nur an den Wegfall der Küchen, an die besondere Eignung für industrielles Bauen mit kleinen Wohnzellen — billiger ist, den Wegfall der vielen individuellen Haushaltsmaschinen usw. gar nicht gerechnet“ („Einheit“, Heft 12/62, S. 98/99).

Da die SED auch in den Wohngebieten mit Altbauten Veränderungen erstrebt, werden dafür Ratschläge gegeben. Die Gastwirtschaft an der Ecke soll zur Großküche und zum Speiserestaurant erweitert werden, „ihre ‚Vereinszimmer‘ zu Räumen für sozialistische Familienfeiern und kulturelle Veranstaltungen der Bewohner des Blocks“ (96). Mit all diesen Maßnahmen wird eine Zerstörung des alten Familienhaushaltes als wirtschaftliche Einheit erstrebt.

Die im „Einheit“-Artikel entwickelten Gedanken sind zwar noch zum Teil Zukunftsmusik, dennoch ist die SED-Führung gewillt, diesen Kurs auf lange Sicht zu steuern.

Verschiedene Elemente sind bereits Wirklichkeit geworden.

Die Frau im Berufsleben

Mitteldeutschland hat von den entwickelten Industriestaaten die höchste Quote berufstätiger Frauen. Die Arbeitskraft ist in der Sicht der SED-Führer der ranghöchste weibliche Wert. Trotz aller Bemühungen, die „Gleichberechtigung“ überall durchzusetzen, kommt die SED nicht umhin, selbst in offiziellen Dokumenten Mißerfolge einzugestehen. Im Kommuniqué des SED-Politbüros „Die Frauen — der Frieden und der Sozialismus“ sind folgende bemerkenswerte Angaben enthalten:

„Das Politbüro des Zentralkomitees der SED ist jedoch der Meinung, daß diese großen Fähigkeiten und Leistungen der Frauen und Mädchen ungenügend für ihre eigene Entwicklung und für den gesellschaftlichen Fortschritt genutzt werden. Die Hauptursache dafür ist die bei vielen — besonders bei Männern, darunter auch leitenden Partei-, Staats-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsfunktionären — noch immer vorhandene Unterschätzung der Rolle der Frau in der sozialistischen Gesellschaft. Es ist eine Tatsache, daß ein völlig ungenügender Prozentsatz der Frauen und Mädchen mittlere und leitende Funktionen ausübt, obwohl 68,4 Prozent aller arbeitsfähigen Frauen im Alter von 16 bis 60 Jahren berufstätig sind. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Zahl der jungen Frauen und Mädchen, die für technische Berufe ausgebildet werden, zurückgeht . . .

Oftmals werden Frauen, die bereits leitende Funktionen ausüben, ohne Rücksicht auf ihre Pflichten als Mutter und Hausfrau mit einem Übermaß an Arbeit belastet. Man verlangt von ihnen oft mehr als von einem Mann in der gleichen Funktion. Manche leitende Mitarbeiter sind, ohne daß sie es aussprechen, der Meinung, daß die Frauen sich durch besondere Leistungen zu ‚bewähren‘ haben. Anstatt den Frauen und Mädchen zu helfen, mit ihrer größeren Belastung fertig zu werden, erfinden sie Argumente, die beweisen sollen, daß der Einsatz von Frauen in mittleren und leitenden Funktionen nicht möglich sei. Insbesondere wird behauptet, daß die Berufstätigkeit der Frau mit Haushalt und Kindern volkswirtschaftlich nicht ‚rentabel‘ sei; Männer seien zuverlässiger und würden nicht so oft ‚ausfallen‘; ja es gibt auch das ‚Argument‘, Frauen hätten weniger Verständnis für technisch-organisatorische und wirtschaftliche Probleme als die Männer“ („Neues Deutschland“, 23. 12. 61, S. 1 und 2).

In diesen Darlegungen ist vor allem der relativ hohe Anteil berufstätiger Frauen beachtenswert. Während in der „DDR“ nach Einschätzung des Politbüros im Jahre 1961 68,4 Prozent aller arbeitsfähigen Frauen von 16 bis 60 Jahren berufstätig waren, sind es in der Bundesrepublik nur rund 34 Prozent. Durch ökonomischen und politischen Druck ist indessen der Anteil berufstätiger Frauen geringfügig weiter angestiegen. Zwar haben die SED, der Gewerkschaftsbund (FDGB) und die Volkseigenen Betriebe (VEB) indessen nicht unbedeutende Anstrengungen zur Qualifizierung der Frauen (z. B. von einer Hilfsarbeiterin zur Meisterin) unternommen, dennoch wurden bis jetzt keine durchschlagenden Erfolge erungen.

In einem Leitartikel des „Neuen Deutschland“ vom 12. Januar 1964 wurde stolz mitgeteilt, daß „über 70 Prozent aller Frauen berufstätig“ sind, dennoch mußte erneut eingestanden werden:

„Die Zahl der weiblichen Meister, Techniker, Ingenieure und der Frauen in anderen leitenden Stellungen reicht bei weitem nicht aus. Von den weiblichen Industriearbeitern sind nur etwa 15 Prozent Facharbeiter der Lohngruppen V bis VIII, etwa 63 Prozent Angelernte der Lohngruppen III und IV und etwa 21 Prozent Ungelernte in den Lohngruppen I und II.“

Eine westliche Übersicht kommt zu folgendem Ergebnis:

„Von den acht in der SBZ bestehenden Lohngruppen ist der Anteil der Frauen in den Lohngruppen I bis III besonders hoch. Von den Lohnempfängern der Lohngruppe I sind 85 Prozent

Frauen, der Lohngruppe II 93 Prozent und der Lohngruppe III 75 Prozent“ („Argumente, Dokumente, Zitate“, Nr. 21/64, S. 4, hrsg. vom Büro für politische Studien, Bonn, Rathausgasse 4).

In Heft 9/1964 veröffentlichte das Organ des Zentralkomitees der SED für Fragen des Parteilebens „Neuer Weg“ im Artikel „Mit zweierlei Maß gemessen“ kritische Bemerkungen zur Verwirklichung des Frauen-Kommuniqués. In den Leuna-Werken „Walter Ulbricht“, dem „größten volkseigenen Betrieb der DDR“, wurden unter anderem folgende Mißstände angeprangert:

„So wurde lange Zeit bei der Einstellung neuer Arbeitskräfte folgende Praxis angewandt: Ungelernte männliche Arbeiter erhielten bei ihrer Einstellung im Betrieb sofort die Lohngruppe IV, die Frauen und Mädchen bei gleicher Tätigkeit und gleichen Bedingungen jedoch nur die Lohngruppe III . . .

36 Frauen qualifizierten sich zu Meistern und legten ihre Prüfungen ab. Danach waren nicht für alle Meisterstellen vorhanden; die meisten Frauen konnten nicht eingesetzt werden“ („Neuer Weg“, Heft 9/1964, S. 411).

In der öffentlichen Diskussion über Qualifizierung muß jedoch zugegeben werden, daß bei zahlreichen Frauen nur ein begrenztes Interesse an der Qualifizierung vorhanden ist und sie gegen technische Berufe eine Abneigung haben. Am 25. Dezember 1963 wurde auf der Frauenseite der „Berliner Zeitung“ eine beachtenswerte kleine Aufstellung abgedruckt. Die Befragung von Schulabgängerinnen in einem Ostberliner Bezirk hatte folgendes Ergebnis:

	Plan	Wunsch
Friseurin	44	123
Schneiderin	79	126
Gebrauchswerber	2	41
Außenhandelskaufmann	60	107
Dagegen:		
Dreher	34	1
Werkzeugmacher	19	3
Elektromonteur	22	—
Mechaniker	158	14
Maschinenschlosser	25	—
Fachverkäufer (Industriewaren)	116	64

In diesem Ergebnis kommt gut die Diskrepanz zwischen den Planforderungen der Partei und den Wünschen der Mädchen zum Ausdruck. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß zahlreiche ansprechende Frauenberufe (Schwester, Verkäuferin) in vorstehender Aufstellung „vergessen“ wurden. Die SED, die FDJ und die Behörden haben mit zahlreichen „uneinsichtigen“ Mädchen wegen der Berufswahl große Schwierigkeiten. Der „Unterrichtstag in der Produktion“ ruft bei den Mädchen meist eine abschreckende Wirkung hervor. Die Schülerin der 10. Klasse der „Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule ‚Gerhart Hauptmann‘“ in Potsdam Regina Kieling erklärte dem stellvertretenden Volksbildungsminister, Prof. Dr. Hans Kaiser, folgendes:

„Unsere Abneigung für die Landwirtschaft ist aus unseren Erfahrungen beim Unterrichtstag in der Produktion besonders in der Landwirtschaft entstanden. Von der Anwendung der modernen Technik haben wir nichts gesehen. Bei unseren Einsätzen mußten wir Arbeiten verrichten, in denen wir keinen Sinn sahen. Zum Beispiel Rüben von einem Haufen auf den anderen werfen . . . Jetzt, in der 10. Klasse, haben wir Unterricht im VEB Baumechanik. Die Mädchen werden unmöglich beschäftigt. Dabei sollen doch auch die Mädchen Interesse für technische Dinge bekommen. Wir mußten von den verschmutzten Förderbändern, die repariert werden sollten, den festgetrockneten Mörtel abhämmern und sie entrostet. Wenn es hochkommt, dürfen wir mal etwas streichen. Das ist die ganze Arbeit“ („Für Dich“, Nr. 5/64, S. 36).

Ein wesentliches Moment, das zahlreiche Frauen von der propagierten Qualifizierung zurückhält, ist die vielfach

mangelhafte technische Ausrüstung der Betriebe und der meisten LPG.

Unter den Bedingungen technischer Rückständigkeit ist in der „DDR“ die „Qualifizierung“, vom ökonomischen Effekt betrachtet, mehr oder weniger ein Schlagwort. Es besteht dabei eine erhebliche Diskrepanz zwischen „befreiter Frau“ und dem Objekt unfähiger Wirtschaftspolitiker.

Die SED-Führung ist in zunehmendem Maße auch bestrebt, die noch hauptberuflichen Hausfrauen einzuspannen. Durch Steigerung der politischen Aktivität in den Wohngebieten sollen die „Nur“-Hausfrauen aus der „Enge ihrer Familieninsel“ herausgelöst und zu „sozialistischen Gemeinschaftsarbeiten“ gedrängt werden. Der „Demokratische Frauenbund Deutschlands“ (DFD) hat in den vergangenen Jahren versucht, „Hausfrauenbrigaden“ zu bilden. Dadurch sollten die Hausfrauen zeitweilig in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung als Aushilfsverkäuferin, Kinderbetreuerin, Postzustellerin usw. tätig werden, um den akuten Arbeitskräftemangel zu beheben. Die „Nur“-Hausfrauen und die Rentnerinnen (meist sehr karge Rente) werden von der SED, dem DFD und den ‚Hausgemeinschaften‘ vielfach dazu veranlaßt, im Rahmen der Nachbarschaftshilfe insbesondere Kinder berufstätiger Mütter zu betreuen. Um den berufstätigen Eheleuten abends Veranstaltungsbesuche zu ermöglichen, wurde in verschiedenen Orten die Leih-Oma-Bewegung geschaffen. In einigen Altersheimen können „Omas“ gegen geringfügige Vergütung angefordert werden. Diese beaufsichtigen dann die Kinder.

Die „Superfrau“

Die SED-Führung ist bemüht, einen gewissen Idealtypus von Frauen heranzubilden. Die Frau soll nicht nur schlechthin berufstätig sein, sondern neben Qualifizierung auch noch gesellschaftliche Verantwortung tragen und vorbildlich ihre Frauen- und Mutterpflichten erfüllen. In der Vorbereitungskampagne des „Frauenkongresses der DDR“, der vom 25. bis 27. Juni 1964 in Ost-Berlin unter dem werbenden Leitwort „Unsere Republik braucht alle Frauen — alle Frauen brauchen unsere Republik“ stattgefunden hat, wurde auch ein Entschließungsentwurf zur Diskussion gestellt. Darin wird folgendes Bild von der „sozialistischen Idealfrau“ gezeichnet:

„Nicht das Heimchen am Herd, sondern die selbständige, aktive, kluge Bürgerin des Staates mit allen Rechten und Pflichten zu sein wurde zum Ideal der modernen Frau, das nicht mehr Wunsch, sondern millionenfache Wirklichkeit im Alltag unserer Gesellschaft ist“ („Neues Deutschland“, 7. 4. 64, S. 5).

Die SED-Führung hat ein großes Interesse daran, „Superfrauen“ herauszustellen und durch Verleihung von Orden oder Belobigungen in der Presse zu ehren. Am 9. Mai 1963 wurde in der „Berliner Zeitung“ auf einer ganzen Seite unter der Überschrift „Eine Frau — stärker als Probleme“ über den Alltag der Richterin Rosenberg, einer berufstätigen, gesellschaftlich noch vorbildlich aktiven Mutter von fünf kleineren Kindern, berichtet, die abends sogar noch etwas Zeit für Entspannung findet. Doch derartige Paradebeispiele werden von den Frauen meist skeptisch aufgenommen. Eine Leserin schrieb zu diesem Bericht:

„Liebe BZ! Ich bin eine treue Leserin seit vielen Jahren. Und dabei ist mir eins aufgefallen, daß Sie — meist am 8. März — immer Frauen herausstellen, die ich als ‚Superfrauen‘ bezeichnen möchte. Was die alles können und tun. Enorm. Dafür müßte der Tag meiner Ansicht nach 48 Stunden haben. Nichts

für ungut, liebe BZ, aber solche Edelfrauen modernen Typs nehme ich Dir nicht ab“ („Berliner Zeitung“, 9. 5. 63, S. 3).

Viele Frauen haben eine gefühlsmäßige Abneigung gegen „Superfrauen“. Sie lehnen deren Vorbild ab. Es gibt auch Beispiele dafür, daß sich die Frau als „Heldin“ in der Produktion auf die Dauer gar nicht wohlfühlt. Die „Deutsche Zeitung“ berichtete am 12. September 1963:

„Im Sowjetzonen-Tagebergbau Schleenhain ist eine ganze Frauenbrigade spurlos verschwunden. Daß man sich überhaupt nach ihrem Verbleib umsah, ist das Verdienst des Archivars der Staatsgewerkschaftszeitung ‚Tribüne‘. Weil das Blatt sein Soll an positiven Frauenbeispielen zu bringen hat, erinnerte sich der Genosse Archivar der weiblichen Arbeitskolonne mit dem Namen ‚Raimonde Dien‘. Die 14 Arbeiterinnen dieser Gleisbaubrigade waren vor Jahresfrist mit dem Staatstitel ‚Kollektiv der sozialistischen Arbeit‘ und einer Prämie von 10 000 Ostmark ausgezeichnet worden. Jetzt sollte gezeigt werden, wie sich diese Aktivistinnen in der Zwischenzeit weiterentwickelt hatten.

Doch die ‚Tribüne‘-Reporter fahndeten im sächsischen Revier vergeblich nach der Brigade. Man konnte sich auch noch kaum ihrer erinnern. Schließlich wurde doch noch die ehemalige Brigadeführerin Friedel Opelts aufgestöbert: Sie arbeitete nun als Kalfaktor und einzige Frau in einer Männerbrigade. Als Mädchen für alles sorgte sie für frischen Kaffee und wärmte das Mittagessen. Das schlimmste aber für die neugierigen Berichterstatter war, daß sich Friedel Opelts in ihrer neuen Stellung viel wohler fühlte als in der Zeit, da sie noch für die Gleisbauarbeit von 14 Frauen verantwortlich war. Ihre Brigade war als Experiment aufgestellt worden und erhielt die erwähnte Auszeichnung, um als Beispiel für andere zu wirken. Doch das Gegenteil trat ein. Die Frauen waren der körperlichen Anstrengung nicht gewachsen, und das sozialistische ‚Arbeitskollektiv‘ löste sich auf.“

Sorgen im Alltag

Die weitverbreitete Berufstätigkeit der mitteleuropäischen Frauen führt unter den Bedingungen einer schlecht funktionierenden Wirtschaft zu außergewöhnlichen Belastungen der berufstätigen Hausfrau und Mutter. Die Mängel der kommunistischen Wirtschaft belasten die Frauen besonders stark. Der Einkauf ist infolge eines unzureichenden Sortiments oft eine zeitraubende Qual. Lakonisch muß in Entschließungsentwurf für den „Frauenkongreß der DDR“ eingestanden werden: „Zuviel Zeit beansprucht in unserem Tagesablauf gegenwärtig noch der Einkauf.“ Dienstleistungsbetriebe, wie Wäschereien, Reinigungen, Reparaturhandwerker, arbeiten oft mangelhaft und mit ungewöhnlich langen Wartezeiten. In einer „Vorläufigen Richtlinie zur Anwendung der Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der örtlichen Versorgungswirtschaft in den Städten und Kreisen“, die kürzlich vom Ministerrat der „DDR“ beschlossen wurde, wird als Kampfziel angestrebt, die Wartezeit auf zwei Wochen zu reduzieren (gegenwärtig im Durchschnitt vier bis sechs Wochen). Gut funktionierende Haushaltsmaschinen gibt es in Mitteleuropa kaum, im übrigen hat die SED-Führung aus politisch-ideologischen Motiven wenig Interesse daran, den Einzelhaushalt zu stärken (vgl. S. 540). All diese Unzuträglichkeiten nehmen in der Erörterung der Frauen- und Familienprobleme seit Jahren einen wichtigen Platz ein, ohne daß eine wirkliche Verbesserung eintrat. Hier seien nur einige Eingeständnisse aus dem Artikel zitiert: „Wie kann die ‚2. Schicht‘ verkürzt werden?“:

„Ruth Seidel ist Brigadierin im VEB Rechnungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt. Sie ist Mutter von drei Kindern, Ralf, Elke und der kleinen Ute, die ihr viel Freude, aber auch viel Arbeit bereiten. Ihr Alltag beginnt morgens um 5 Uhr und ist meist erst nach 20 Uhr zu Ende. Die Arbeit im Betrieb — ‚Qualitätsarbeit, versteht sich‘, sagt Ruth Seidel — und die zweite Schicht im Haushalt kosten viel Kraft. Gern möchte ich abends noch

ein gutes Buch lesen, ins Theater gehen oder Sport treiben; doch oft mangelt es dann an Spannkraft . . . Mit anderen Worten, man kann nach wie vor das Leben des Mannes und der Frau nicht mit der gleichen Elle messen! Trotz der Fürsorge unseres Staates für Mutter und Kind, der nicht mehr wegzudenkenden sozialen Einrichtungen und Dienstleistungsbetriebe, für die jährlich Millionen aus dem Staatshaushalt verausgabt werden, hat die berufstätige Frau und Mutter zu Hause noch immer die größeren Lasten zu tragen“ („Neues Deutschland“, 3. 4. 64, S. 6).

Bei der Beurteilung des Alltags der berufstätigen Frau ist auch die — im Vergleich zur Bundesrepublik — relativ schlechtere Arbeitsgesetzgebung zu berücksichtigen. Laut „Gesetzbuch der Arbeit“ gibt es für Arbeiter und Angestellte lediglich 12 Arbeitstage Urlaub, nur in wenigen Fällen werden Ausnahmen geduldet. (In der Bundesrepublik beträgt der Mindesturlaub zwar auch nur 12 Arbeitstage, aber durch Kollektivverträge, Betriebs- und Einzelvereinbarungen gibt es für die meisten Berufstätigen erheblich günstigere Regelungen.) In Mitteldeutschland ist die Nacharbeit von Arbeiterinnen grundsätzlich gestattet. (In der Bundesrepublik ist dies unzulässig, Ausnahmeregelungen bedürfen der Zustimmung des Bundesministers bzw. der Gewerbeaufsichtsämter.) In Mitteldeutschland können Frauen fünf Wochen Schwangerschaftsurlaub erhalten. (In der Bundesrepublik dürfen werdende Mütter in den letzten sechs Wochen vor der Niederkunft nicht beschäftigt werden, es sei denn, sie erklären sich ausdrücklich dazu bereit.) In Mitteldeutschland gibt es nach der Geburt einen Wöchnerinnen-Urlaub von sechs Wochen, der nach schweren Geburten auf acht Wochen verlängert werden kann. (In der Bundesrepublik dürfen Wöchnerinnen bis zum Ablauf von sechs Wochen nicht beschäftigt werden, für stillende Mütter verlängert sich diese Frist auf acht Wochen. Stillende Mütter dürfen nach Frühgeburten zwölf Wochen Urlaub nehmen.

Zwar gibt es in Mitteldeutschland für berufstätige Frauen mit eigenem Haushalt und Versorgungsverpflichtungen gegenüber einem berufstätigen oder kranken Ehemann bzw. Kindern einen Hausarbeitstag im Monat. Voraussetzung für diese Vergünstigung ist, daß die Frau vollbeschäftigt ist und im Monat nicht unentschuldigt der Arbeit ferngeblieben ist. (In verschiedenen Ländern der Bundesrepublik sind ein oder u. U. auch zwei freie Tage den berufstätigen Frauen mit eigenem Haushalt gesetzlich zugesichert. Soweit keine entsprechenden gesetzlichen oder tarifvertraglichen Regelungen bestehen, ist der Hausarbeitstag auf Verlangen ohne Lohnfortzahlung zu gewähren.) Beachtenswert ist auch, daß es in Mitteldeutschland meist eine Sechstageswoche gibt, während für die meisten Arbeiterinnen und Angestellten im Bundesgebiet die Fünftageswoche existiert (Zahlenangaben aus: „Das ‚Gesetzbuch der Arbeit‘ der Sowjetzone und das Arbeitsrecht der Bundesrepublik Deutschland“ — Ein Vergleich [Synopsis] von Rechtsanwalt Siegfried Mampel, Berlin. Herausgeber: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Pressestelle).

Bemerkenswert ist auch, daß sich die SED nicht mit der Berufstätigkeit der Frauen zufriedengibt. Von den Frauen und Müttern wird auch noch „gesellschaftliche Aktivität“ gefordert. Der Feierabend im Betrieb ist somit für zahlreiche Frauen noch nicht Beginn der Zeit für die Familie. Nach Betriebsschluß finden noch öfter im Betrieb oder im Wohngebiet Veranstaltungen statt, deren Besuch unumgänglich ist. Eltern, die regelmäßig Elternversammlungen der Schule fernbleiben, können ihren Kindern dadurch Schwierigkeiten bereiten.

Frauenkarriere und Ehe

Frauen, die bestrebt sind, sich beruflich zu qualifizieren, schaffen häufig komplizierte Familienprobleme. In vielen Familien kommt es wegen der Qualifizierung zu Spannungen und Ehekonflikten. Auch diese brennende Frage fand in der mitteldeutschen Presse ihre Widerspiegelung. In Artikeln und Zuschriften wurden die Konfliktsituationen geschildert und Ratschläge zur Lösung erteilt.

Am 29. Dezember 1963 wurde in der „Berliner Zeitung“ mit dem Artikel „Am Anfang ist alles gut gegangen“ eine monatelang anhaltende Diskussion über das Problem „Kann eine Ehe wegen der Karriere der Frau zerbrechen?“ ausgelöst. In diesem Artikel wurde zunächst geschildert, wie eine Ehe zwischen zwei FDJ-Funktionären (Er: Techniker, Sie: kaufmännische Angestellte in einem Industriebetrieb) relativ glücklich begann. Die Frau gab jedoch dann ihr Kleinkind nach der Geburt zur Großmutter in Pflege und widmete sich ehrgeizig der beruflichen Qualifizierung. Die Abende waren restlos ausgefüllt, für gemeinsame Erholung und Entspannung gab es keine Zeit. Da der Ehemann abends ihren Lerneifer nicht teilte, begann er sich zu Haus zu langweilen. Und weiter:

„Ja, es kam noch ein Kind. Aber ihre Entwicklung nahm dennoch ihren Lauf. Es hatte einen großen Auftritt gegeben, als sie für ein halbes Jahr zum Lehrgang delegiert wurde. Muß das sein? Sie sagte: Ja, es muß sein, ich kann meine Kollegen nicht enttäuschen . . .

Als sie vom Lehrgang zurückkam, dauerte es nicht mehr lange, daß sie Abteilungsleiter wurde. Mit dem Gehalt hatte sie ihn bereits überflügelt. Sie war stolz. Aber in den Stolz mischte sich eine große Enttäuschung. Ihr Mann hatte während des halben Jahres die Worte von der Treue nicht sehr ernst genommen.

Sie sagte, daß sie sich von da an noch fester in den Beruf verbissen habe, noch sparsamer ihrem Mann gegenüber mit Zärtlichkeiten geworden sei, und sie gab ehrlich zu, sehr großen Gebrauch von den Freiheiten der Gleichberechtigung gemacht zu haben. Sie ging oft auf Dienstreisen und kam manchen Abend bedenkenlos später nach Hause, wenn es im Betrieb wichtige Aufgaben zu erledigen gab, obwohl sie ihren Mann wartend wußte.

Sie fühlte sich selbstbewußt, unabhängig. Längst verdiente sie mehr, und manchmal, gestand sie schamvoll ein, hatte sie ihn bei Streitigkeiten das auch deutlich spüren lassen. „Ich bin auf dein Geld nicht angewiesen“ . . .

Sie sähe all ihre Fehler ein, meinte sie in unserem Gespräch, nur mit einem Vorwurf könne sie sich nicht abfinden. Der Mann sagte es, die Schwiegermutter sagt es, der halbe Familienrat bestätigte es: „An allem bist *du* schuld. Die Ehe geht kaputt an deiner ‚Karriere‘ . . .“ („Berliner Zeitung“, 29. 12. 63, Beilage, S. 3).

Die Redaktion der „Berliner Zeitung“ ließ selbstverständlich vorwiegend Leserbriefe abdrucken, die auf der Linie lagen: „Nicht die Karriere der Frau, sondern das Unverständnis des Mannes waren die Hauptursache für den Schiffbruch dieser Ehe.“ Dennoch wurden auch begrenzt gegenteilige Meinungen veröffentlicht:

„Eine Frau soll sich qualifizieren. Das ist richtig. Daneben muß sie aber auch Frau und Mutter bleiben. Vor allem darf sie niemals den Mann merken lassen, daß sie sich emporgearbeitet hat. Der größte Fehler war, daß sie ihre Unabhängigkeit zu sehr betont hat. Denn welcher Mann läßt sich gern beiseite schieben? Er kommt sich dann überflüssig vor und geht eigene Wege. Man muß Beruf und Familie miteinander verbinden, nur so kann eine Ehe von Bestand sein . . .

Solange die Kinder klein sind und zärtlicher Mutterliebe bedürfen, sollten die Frauen das Qualifizieren den Ehemännern überlassen“ („Berliner Zeitung“, 2. 2. 64, Beilage, S. 3).

Die Frauenredakteurin der „Berliner Zeitung“, Susanne Statkova, mußte in ihren abschließenden Worten u. a. bemerken:

„Ich muß aber auch jenen Lesern recht geben, die mahndend ihre Stimme erheben und fragen: Gibt es nicht schon Anzeichen von ‚Übermut‘ bei den Frauen? Indem sie die Gleichberechtigung ‚überziehen‘, sie falsch auslegen, sie als Vorwand benutzen, um tatsächlich rein egoistische Ziele zu erstreben? Indem sie die Verantwortung der Ehe und der Familie gegenüber leichtfertig abstreifen, sich nicht mehr mühen, Zerwürfnisse zu schlichten, statt dessen jedoch gleich zum Scheidungsrichter laufen?“ („Berliner Zeitung“, 19. 4. 64, Beilage, S. 3).

Frau Dr. Herta Kuhrig, die über das Thema „Probleme der Entwicklung sozialistischer Familienbeziehung in der DDR“ promovierte (Ehefrau des stellvertretenden Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates Heinz Kuhrig), vertrat in einem Interview folgende Ansichten:

„Die Gleichberechtigung der Frau im Berufsleben erhöhte natürlich ihr Selbstbewußtsein. Es tritt klar zutage, daß es vorbei ist mit dem ‚Herr im Hause‘-Standpunkt. Es ist tatsächlich so, daß die Frau oft als erste den Weg zum Scheidungsrichter geht. In 26 114 Scheidungsfällen des Jahres 1961 reichten 14 180 Frauen den Antrag ein. So etwa sieht auch die Bilanz der darauffolgenden Jahre aus. Das ist eine neue gesellschaftliche Erscheinung, die natürlich neue eheliche Konflikte mit sich bringt. Die müssen prophylaktisch behandelt werden.

Es gibt schon einige gute Methoden, die mit Erfolg praktiziert werden. Dazu zählen solche Aussprachen mit Lesern wie auf Ihrer Frauenseite, freimütige Foren der FDJ und gute Vorbereitung auf die Problematik des Lebens im Unterricht an den Oberschulen. Ich vertrete den Standpunkt, daß eine Ehe, bevor sie geschlossen wird, ebenso begründet werden müsse wie später eine Scheidung. Fragen wir also: ‚Weshalb heiraten Sie?‘“ („Berliner Zeitung“, 5. 4. 64, Beilage, S. 3).

Es ist nicht zu verkennen, daß die SED-Führung Scheidungen nur in beschränktem Maße billigt und auch in jüngster Zeit stärker bemüht ist, die Rolle der sozialistischen Familienerziehung hervorzuheben. Im Entschließungsentwurf für den „Frauenkongreß der DDR“ heißt es u. a.:

„Die besondere Liebe und Hingabe jeder Mutter gilt ihren Kindern. Häusliche Atmosphäre und Vorbild der Eltern prägen wesentlich Charakter und Verhalten der Kinder. Daraus entspringen vornehmste Pflicht und oberstes Recht der Eltern gegenüber der Gesellschaft, ihre Kinder mit Liebe, Geduld und Konsequenz zu jungen Sozialisten zu erziehen, wie umgekehrt die sozialistische Gesellschaft der jungen Generation ihre ganze Aufmerksamkeit und Fürsorge widmet“ („Neues Deutschland“, 7. 4. 64, S. 5).

Auch in anderen partei- und regierungsamtlichen Verlautbarungen wurde in letzter Zeit die sozialistische Familienerziehung stärker betont. Dennoch sollte man keine Reduzierung der gesellschaftlichen Erziehung erwarten. Für derartige Hoffnungen besteht kein Anlaß.

Beachtenswert ist auch, daß in jüngster Zeit den Menschen geraten wird, die sozialistischen Familienbeziehungen durch die Hinzuziehung von Ärzten, Psychologen und Pädagogen zu verbessern. Früher war dies alles viel einfacher und „nur eine Bewußtseinsfrage“. Offenbar können angesichts der weitverbreiteten Ehekrisen in Mitteldeutschland nun auch die SED und ihre Nebenorganisationen nicht umhin, diesem Problem mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Konflikt zwischen beruflichen und mütterlichen Pflichten

Ein besonders leidiges Problem ist für viele berufstätige Frauen der Konflikt zwischen beruflichen und mütterlichen Pflichten. Die SED versucht, dieses Spannungsverhältnis weitgehend zu bagatellisieren. Anfang 1962 begann in einer Leserdiskussion eine Auseinandersetzung mit den Ansichten junger Frauen und Männer, die sich für ein hauptberufliches Wirken der Hausfrau aussprachen. Folgende Leserstellungen wurden damals veröffentlicht:

„Liegt nicht auch in Ritas Zeilen ein bißchen Egoismus, wenn sie schreibt: ‚... Wenn wir verheiratet sind und das Wichtigste angeschafft haben, will ich aufhören zu arbeiten? Eine schöne Wohnung, komplette Einrichtung mit Fernsehen, Kühlschrank und Waschmaschine — ist damit der Sinn des Lebens erreicht? Das ist sehr egoistisch gegenüber unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die uns Garantie für ein Leben ohne Angst und Sorge in Sicherheit und Glück gibt!“ („Neues Deutschland“, 10. 2. 62, Beilage, S. 6).

„Auch ich bin Mutter von zwei Kindern und arbeite im Staatsapparat. Im Fernstudium bilde ich mich weiter, und gesellschaftlich arbeite ich als Vorsitzende des Frauenausschusses. Meine Kinder sind im Kindergarten und im Hort gut aufgehoben... Meinen Kindern kann ich später einmal sagen, ich habe nicht nur gekocht, gewaschen und gebügelt für euch, sondern auch mitgeholfen, daß ihr jetzt im Sozialismus und im Frieden leben könnt. Ich bin überzeugt davon, daß die Frauen, die heute noch zu Hause sind und keiner beruflichen Arbeit nachgehen, recht bald erkennen werden, daß die berufliche Arbeit ihrem Leben Sinn und zusätzliche Freude geben kann“ („Neues Deutschland“, 3. 3. 62, Beilage, S. 4).

In dieser Auseinandersetzung wurden Menschen, die sich für ein ruhiges Feierabendidyll einsetzen, als „spießbürgerlich“ verspottet. Vom Mann und von den Kindern wurden persönliche Opfer gefordert, um der Frau und Mutter die „aktive Teilnahme am sozialistischen Aufbau“ zu ermöglichen und ihr dadurch wahre Gleichberechtigung zu sichern. Die Lehrer wurden wie folgt angeregt:

„Werden beispielsweise in unserer Schule überall jene Schüler gebührend gelobt, die der berufstätigen Mutter tüchtig helfen und ebensogut lernen? Es scheint so, als werde dieser pädagogische Gehalt des Frauenkommuniqués noch nicht überall richtig gesehen. Eine berufstätige Mutter, die sich bei der Erledigung der aufgetragenen Pflichten auf ihre Kinder verlassen kann, wird weniger durch familiäre Sorgen von Überlegungen zur Verbesserung der Produktion abgelenkt und wird sich vielleicht eher eine Qualifizierung zumuten“ („Neues Deutschland“, 17. 3. 62, Beilage, S. 4).

Auch im Entschließungsentwurf des „Frauenkongresses der DDR“ wird von den Lehrern gefordert:

„Von den Lehrern und Erziehern erwarten wir, daß sie ihre besondere Aufmerksamkeit und Hilfe den Kindern der werktätigen Mütter zuwenden, damit sie gut lernen und vorbildliche Schüler und Pioniere sind. Sie müssen auch nach dem Unterricht sinnvoll betreut und erzogen werden, damit die Mütter in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen können und der Feierabend zur Erholung für die ganze Familie wird“ („Neues Deutschland“, 7. 4. 64, S. 5).

Bis zu welcher Haltung mitunter „vorbildliche“ Mütter ihren Kindern gegenüber bereit sind, darüber gibt ein Leserbrief von Anneliese Zerbin Aufschluß, der am 17. Januar 1962 im „Neuen Deutschland“ abgedruckt wurde:

„Besonders rückständige Auffassungen über die Berufsarbeit der Frau scheint es bei einigen Ärzten zu geben. Wenn eins meiner Kinder einmal krank ist, gehe ich nur mit Zittern und Zagen zum Arzt, denn immer wieder bekommt man mehr oder weniger unverhüllt den Vorwurf gemacht, man sei so eine Art Rabenmutter, die sich ihrer Kinder entledigen möchte. ‚Muß das sein?‘ fragte mich vorwurfsvoll die Ärztin, die ich um eine Bescheinigung für die Aufnahme meiner Mädel in die Krippe bat. Es war nicht etwa in einer Privatpraxis, sondern in der Säuglingsfürsorge Pankow.

Bei meinem Großen gab es nach der Einschulung erhebliche Erziehungsschwierigkeiten. Mit seiner Lehrerin suchte ich die Poliklinik für Psychiatrie im Krankenhaus Herzberge auf, aber statt uns Hinweise für die Behandlung des Kindes zu geben, erklärte mir Frau Dr. Blumenthal, da sei gar nichts zu machen, die Kinder müssen ja alle nervös sein, weil ja die Mütter heutzutage alle glaubten, berufstätig sein zu müssen. Es sei purer Egoismus, wenn man sich Kinder anschaffe, aber seinen Beruf nicht aufzugeben gedenke. In ähnlicher Form hat sich Frau Dr. Blumenthal kürzlich auch einer meiner Bekannten, der Genossin Leifer vom Deutschen Landwirtschaftsverlag, gegenüber geäußert. In diesem Gespräch bemerkte Frau Dr. Blumenthal obendrein: ‚Ach, und organisiert sind Sie auch

noch?! Meine Kinder sind mein größtes Glück, ihr könnt mir sicher nachfühlen, wie mir nach dem Besuch dieser Ärztin zumute war.“

Diese kommunistische Mutter, im Hauptberuf Journalistin und Fernstudentin, handelt vom Parteistandpunkt aus vorbildlich. Sie ist zuerst Werkstätige und dann Mutter. Die medizinisch-pädagogischen Erkenntnisse über die negativen Auswirkungen mangelnder Familien-erziehung mit ihrer Nestwärme für Kinder werden von den kommunistischen Führern ignoriert. Trotz allem Gerede von Frauenförderung und Mutterschutz wird die ureigenste Rolle der Mutter, ihre Familie zu betreuen und die Kinder zu erziehen, in Mitteldeutschland nicht gewürdigt. Das Kind entbehrt Entscheidendes, wenn es nicht der ganz persönlich fürsorgenden Liebe seiner Mutter anvertraut bleibt. Entgegen der Annahme der linientreuen Mütter werden ihre Kinder im Jahre 2000 sie nicht danach fragen, wie viele Diplome und welche Berufserfolge die Mutter einst errungen, sondern wieviel Liebe sie geschenkt und welche Familienatmosphäre sie geschaffen hat.

Die Unterbringung von Kindern in Kindergärten und -krippen ist angesichts der weitverbreiteten Berufstätigkeit der Mütter ein schwieriges Problem. Im Artikel „Durchkreuzt ein Baby das Studium“ („Berliner Zeitung“, 26. 4. 64, Beilage, S. 3) werden mehr Krippenplätze gefordert. In einer Untersuchung des Problems „Wo ist Platz für kleine Berliner?“ wird festgestellt:

„In der DDR und in der Hauptstadt wurden bereits viele Kinderkrippen und -gärten gebaut. Wir liegen damit an der Weltspitze. Dennoch warten etwa 10 000 Mütter in der Hauptstadt auf einen Krippen-, etwa 4000 auf einen Kindergartenplatz“ („Berliner Zeitung“, 29. 4. 64, S. 3).

Auch im Entschließungsentwurf des „Frauenkongresses der DDR“ muß eingestanden werden:

„Auch bei größten Anstrengungen ist es gegenwärtig noch nicht möglich, alle Kinder in Einrichtungen ganztägiger Betreuung, Bildung und Erziehung aufzunehmen, obwohl wir wissen, daß dies die größte Hilfe für unsere Mütter wäre. Wir Frauen wollen deshalb in den Ausschüssen der Nationalen Front dahin wirken, für die Kinder in Klubhäusern der Betriebe, in Kulturzentren und anderen Gegebenheiten zusätzliche Möglichkeiten interessanter Freizeitgestaltung zu schaffen“ („Neues Deutschland“, 7. 4. 64, S. 5).

Bei Erkrankung der Kinder berufstätiger Mütter treten zusätzliche Schwierigkeiten auf. Die Kindergärten können erkrankte Kinder nicht aufnehmen. Nicht jedes kranke Kind ist aber ein Krankenhausfall. Leicht erkrankte Kinder sind so eine große Sorge für die berufstätigen Mütter, bei denen keine eigene Oma einspringen kann.

Die SED erstrebt eine Lösung, die in erster Linie auf ihre Arbeitskräftebedürfnisse Rücksicht nimmt. In der „Berliner Zeitung“ vom 16. Februar 1964 (Beilage, S. 3) wird das Problem wie folgt angepackt:

„Es war einmal eine Mutti, die war Lehrerin. Eines Tages mußte sie zu Hause bleiben, denn Petra, ihre kleine Tochter, hatte einen heftigen Husten. 35 ABC-Schützen bleiben an diesem und den darauffolgenden Tagen ohne Lehrerin.

Es war einmal? Noch gehört diese Geschichte zur Gegenwartsdramatik in unseren Schulen und Kindergärten. Wann wird sie als Märchen erzählt werden können?

Wie beruhigt geht die junge Mutti ihrer Arbeit nach, wenn sie weiß, Oma Schmidt wird nach Petra sehen, wird ihr eine Geschichte erzählen, Tee aufbrühen und die Suppe warm machen. Sorgenfrei kann sie unterrichten.

Hier liegt eine echte Aufgabe für die Frauen des Wohngebietes, nämlich über eine Lehrerin oder Erzieherin, die Mutti ist, die Patenschaft zu übernehmen.“

Der DFD und die kommunistisch beherrschten Hausgemeinschaften versuchen mitunter Nachbarschaftshilfe zu

fördern, doch gibt es bei diesem Bemühen auch Widerstände. Mit folgenden Worten lehnte eine sonst hilfsbereite Frau die Nachbarschaftshilfe ab:

„Es ist doch heute tatsächlich so, daß nur nach dem Geld gesehen wird. Gesundheit, Mann, Kinder und Haushalt spielen keine Rolle mehr. Und dann spricht man noch von Mutterliebe. Die meisten Kinder berufstätiger Eltern kennen so etwas gar nicht...“

Auch von Eheglück kann unter solchen Verhältnissen keine Rede mehr sein“ („Berliner Zeitung“, 4. 2. 1962, Beilage, S. 3).

Widerstände

Zahlreiche Frauen und Mädchen bemühen sich zäh und verbissen, nach eigenen Idealen ihr Leben zu gestalten und Einmischungsbestrebungen der Partei in ihr persönliches Leben abzuwehren. Auf manchen Gebieten gelingt dies, in einigen ist dies infolge des überwältigenden gesellschaftlichen Drucks durch Schule, Betrieb, Partei und Massenorganisationen nur begrenzt möglich. Viele Frauen erstreben, ungeachtet all der Widrigkeiten des grauen Alltags unter einem kommunistischen Regime, ihre Familie als eine Insel des privaten Menschseins zu erhalten und die Physiognomie der eigenen Familie zu bewahren. Bisher konnten die Parteideologen relativ wenig gegen weibliche Beharrlichkeit erreichen. Das Frauentum, das in Ehe und Familie und nicht in der Tätigkeit in der Produktion das höchste Ideal sieht, bricht in vielfältiger Form immer wieder durch und läßt sich nicht verschütten.

Ein aufschlußreiches Bild über „rückständige“ Tendenzen zeichneten Redakteure des „Neuen Deutschland“ im Artikel „Sozialistische Bedürfnisse wollen geweckt werden“. In diesem parteioffiziellen Bericht schildern sie ihre Eindrücke von Gesprächen mit Frauen im Bezirk Dresden:

„Wir lernten Frau Renate Palme kennen. Sie hat sich in einem dreijährigen Abendstudium zur Technikerin qualifiziert. Noch vor einem Vierteljahr arbeitete sie im Kraftwerk Trattendorf. Wegen ihres kleinen Kindes gab sie die Arbeit auf. Zwar fehlte ihr zunächst die berufliche Tätigkeit und der Kontakt mit den Kollegen sehr. Doch jetzt genügen der 25jährigen Technikerin die Freude am Kind und die Gespräche mit den Frauen von nebenan. Sie gab also kampfflos auf, was ihr noch vor kurzem Lebensbedürfnis war, was sie täglich geistig bereicherte und mit unserer sozialistischen Entwicklung Schritt halten ließ. Sie vertauschte das interessante, täglich neue Impulse gebende Leben mit dem manchmal doch recht eintönigen Einerlei des Haushalts. Sie hat ein wertvolles Diplom erworben und hält es jetzt für ganz normal, auf Jahre hinaus der ihr gebührenden Position zu entsagen.

Die Unterhaltung mit Frau Palme stimmte uns nachdenklich. — Zehntausende Frauen unserer Republik meistern doch vorbildlich ihre Aufgaben im gesellschaftlichen Leben und erfüllen dazu ihre familiären Pflichten. Beruflicher Erfolg und glückliches Familienleben sind für sie eine Einheit.

Haben wir es schon verstanden, das Vorbild dieser Frauen allen Frauen und besonders den jungen Mädchen nachahmenswert zu machen und in Elternhaus und Schule Lebensauffassungen zu vermitteln, die von einem hohen gesellschaftlichen Verantwortungsgefühl geprägt werden?“

Die SED-Redakteure mußten jedoch auch bestätigen, daß zahlreiche Männer dieses „rückständige“ Verhalten ihrer Frauen nicht nur tolerieren, sondern aktiv unterstützen.

„Wir fanden aber auch, daß nicht wenige Männer es ganz gern sehen, wenn ihre Frauen zu Hause bleiben und sich auch gesellschaftlich nicht weiter betätigen. Es scheint sogar, manche empfinden es unter ihrer Würde, ihre Frau ‚arbeiten zu schicken‘, denn schließlich sei der Mann ja der ‚Ernährer‘ der Familie...“ („Neues Deutschland“, 6. 3. 64, S. 6).

Selbst Oberschüler wagten ‚rückständige‘ Meinungen zu äußern:

„Frank Jaensch: Daß Mädchen gut einen technischen Beruf ausüben können, glaube ich schon. Aber eigentlich kann die

Frau doch zu Hause die Wirtschaft machen, Essen kochen, nähen und waschen.

Olaf Dressler: Technische Berufe und Mädchen oder nicht, das ist doch ganz egal. Hauptsache, daß die Kinder nicht in den Hort zu gehen brauchen“ („Berliner Zeitung“, 3. 5. 64, Beilage, S. 3).

Sprechen in diesen Mahnungen gar eigene traurige Erfahrungen mit? Beachtenswert ist auch, daß bei vielen Männern das kommunistische Frauenideal nicht ankommt. Sie schätzen gerade die Werte und Tugenden, die für die kommunistischen Machthaber zweitrangig sind. In einer Diskussion der „Berliner Zeitung“ äußerten im Jahr 1963 zahlreiche junge Männer unter der Diskussionsrubrik „Wie stelle ich mir die Frau unserer Zeit vor?“ Ansichten, die klar diese Tendenz erkennen ließen. In der linientreuen Entgegnung wurden diese Männer als „rückständige kleinbürgerliche Individualisten“, die die Entfaltung der Frau hemmen, verurteilt.

Auch innerhalb der SED gibt es bei manchen weiblichen und männlichen Genossen Widerstände gegen die Absichten der SED-Führung hinsichtlich Frau und Familie. Nicht wenige Parteimitglieder bemühen sich, zu Hause nach eigenem Stil zu leben und Wünsche der Partei geschickt zu umgehen. Ja, es gibt Frauen von SED-Funktionären, die darauf Wert legen, „Nur“-Hausfrau zu sein, und die Betreuung der Familienangehörigen als ihre wichtigste Aufgabe ansehen.

Trotz schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse hat manche Frau den „Verlockungen“ der Berufstätigkeit widerstanden, um ausschließlich in der Familie zu wirken. Unter den Bedingungen in Mitteldeutschland (Arbeitskräftemangel, relativ niedriger Lebensstandard, politischer Druck) kann man die Weigerung mancher Hausfrauen, wieder berufstätig zu werden, als passiven Widerstand werten.

Andererseits muß man auch feststellen, daß die SED-Führung es fertiggebracht hat, das Empfinden und das Bewußtsein eines kleinen Teiles der Frauen zu deformieren. Diese Frauen sehen vielfach in der Partei ihren ganzen Lebensinhalt, und alles andere, Ehe, Familie, Kinder, steht in der Wertfolge hinter der Partei. Sie übertreffen hinsichtlich Treue, Ergebenheit und Fanatismus oftmals viele männliche Genossen. Sie sind bereit, rückhaltlos vermeintliche Feinde zu hassen, und schrecken auch mitunter vor offensichtlicher Unmenschlichkeit nicht zurück. Dort, wo sie hingestellt werden, setzen sie sich bedingungslos und treu für die Partei ohne Rücksicht auf persönliche Interessen aufopfernd ein. Die kommunistische Gläubigkeit hat bei diesen Frauen zahlreiche weibliche Tugenden verschüttet oder gar zerstört.

Von einer Befreiung der Frauen in Mitteldeutschland kann man nicht reden. Die Gleichberechtigung kommunistischer Prägung hat für die Frau und Mutter insgesamt nachteilige Folgen. Die berufstätigen Frauen und

vor allem die Mütter sind ungewöhnlichen Belastungen ausgesetzt. In den Betrieben werden ihnen oftmals schwere körperliche Arbeiten zugemutet. Zahlreiche Berufe, die früher ausschließlich Männern vorbehalten waren, wurden den Frauen zugänglich gemacht, z. B. Maurer, Schlosser, Traktorist. Nach Dienstscluß muß noch gesellschaftliche Arbeit geleistet werden und ist in einer schlecht funktionierenden Wirtschaft der Haushalt zu versorgen. Neben diesen Auswirkungen gibt es aber noch psychologische: in einer kommunistischen Ordnung sind bestimmte frauliche Werte und Tugenden, wie Takt, Herzensbildung, Güte, ausschließliche Hinwendung zur Familie u. a., offiziell wenig gefragt, weil die Produktionsleistungen, die beruflichen Ausbildungs- und Aufstiegs-erfolge als gesellschaftlich höhere Werte gelten.

Der weiterverbreitete Zwang zur Anpassung und Heuchelei, die Gewissensnöte der Kinder und die Probleme einer doppelgleisigen Jugenderziehung sind weitere Belastungsmomente von erheblichem Gewicht. Die Frau wird nahezu täglich zu schwerwiegenden Entscheidungen gedrängt. Sie muß in einer Gesellschaft leben, in der fast alles ideologisiert ist und in der die private Sphäre unlässig systematisch eingeengt wird.

Für christliche Frauen kommen noch die Sorgen und Mühen um ein christliches Familienleben in einer glaubensfeindlichen, militant-atheistischen Gesellschaft hinzu. Manche christliche Frau hat unter Familienkonflikten zu leiden, die durch den Abfall von Familienangehörigen vom Glauben entstanden sind. Es gibt in Mitteldeutschland christliche Frauen, die von ihren zum Kommunismus bekehrten Ehemännern verlassen wurden. Wegen „unüberbrückbarer weltanschaulicher Gegensätze“ zwischen den Ehepartnern wurden schon zahlreiche Ehen in Mitteldeutschland geschieden. Manche Frau steht unter dem politischen Druck des Ehemannes, der von seiner Parteiorganisation oder seinem Betrieb aufgefordert wurde, mit der ideologischen Koexistenz in der Familie Schluß zu machen und die Frau zum Bruch mit der Kirche zu drängen. In verschiedenen Scheidungsprozessen wurde dem „fortschrittlichen“ Mann das Sorgerecht für die Kinder übertragen, da nur eine sozialistische Kindererziehung im Interesse des Kindes liege. Da nicht wenige katholische Ehefrauen berufstätig sind, müssen sie, sofern nicht eine Oma vorhanden ist, ihre Kinder in einen kommunistischen Kindergarten bzw. Hort schicken. Die Zahl der Plätze in kirchlich geleiteten Kindergärten usw. ist außerordentlich niedrig. Die Kirche ist in Mitteldeutschland nur noch mit Mühe in der Lage, die Einrichtungen für Kinderbetreuung zu erhalten. An Neugründungen oder Kapazitätserweiterungen kann sie gar nicht denken. Infolge dieser Umstände können sich in den katholischen Familien vor allem bei Kindern nachteilige Auswirkungen kommunistischer Erziehung bemerkbar machen.

Das Zweite Vatikanische Ökumenische Konzil

Ökumenisches Konzilssecho (XIII) Vor Beginn der Dritten Session des Zweiten Vatikanischen Konzils ist es noch einmal möglich, zur Vorbereitung auf den neuen Abschnitt des zu erwartenden ökumenischen Dialogs in Ergänzung zu der Stellungnahme des Generalsekretärs des Weltrates der Kirchen, Dr. Visser 't Hooft (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 476 f.), einige beacht-

lich ausgewogene Stimmen aus dem evangelischen Raum zu berichten. Da ist zuerst zu nennen das hervorragende Dokumentarwerk von Pfarrer Johann Christoph Hampe (bekannt durch gute Konzilsberichte, vgl. u. a. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 257. Dort ist auf der rechten Spalte ein Druckfehler zu berichtigen: der zitierte Artikel von ihm in „Die Welt“ vom 2. 11. 63 hatte den Titel